

Islamismus gegen Pluralismus: Das Pornografie-Gesetz in Indonesien

Nach jahrelanger Debatte hat das indonesische Parlament am 30. Oktober 2008 trotz massiver Proteste das „Gesetz über Pornografie“ verabschiedet. Das Gesetz sieht sowohl für die Herstellung als auch Verbreitung von Pornografie hohe Geld- und Haftstrafen vor, wobei jedoch der Begriff der Pornografie sehr weit und ungenau definiert ist. Was als Wahlgeschenk an den zunehmend konservativen Teil der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung gedacht ist, könnte langfristig die Grundfesten des Vielvölkerstaates Indonesien erschüttern. Denn der Kampf um Definitionen und einzelne Formulierungen des Gesetzes ist im Grunde ein Konflikt über den Einfluss des Islams auf Politik und Gesellschaft in Indonesien.

Auf der einen Seite haben sich vor allem der konservative Indonesische *Ulema*-Rat (MUI) sowie eine Vielzahl islamischer Gruppen seit dem ersten Entwurf eines „Anti-Pornografie und Anti-Pornoaktion-Gesetzes“ 2006 vehement für dessen Verabschiedung eingesetzt. Von den politischen Parteien wurde die Gesetzesinitiative vor allem von der islamistischen PKS sowie den eher gemäßigt-muslimischen Parteien PPP, PBB und PAN vorangetrieben.

Auf der anderen Seite sehen sich viele Angehörige der über 600 ethnischen Minderheiten und nicht-muslimischer Glaubensrichtungen durch das Anti-Pornografie-Gesetz in ihrer Religionsausübung und ihren lokalen Traditionen bedroht. Seit Anfang 2006 protestierten daher vor allem Menschen- und Frauenrechtsgruppen, die Befürworter eines pluralistischen Staates, Künstler sowie die Vertreter des hinduistisch

geprägten Bali, der christlichen Provinzen Nord Sulawesi und West Papua, aber auch des muslimischen Zentral Java gegen die Gesetzesinitiative.

Islamismus gegen Pluralismus

Angesichts des der zunehmenden Arabisierung des traditionellen, synkretischen Islams befürchten sie, dass eine religiös motivierte Definition von Anstand und Moral durch radikal-konservative Muslime der erste Schritt in Richtung einer staatlich sanktionierten Gesellschaftsordnung nach den Regeln der *Sharia* und nahöstlichen Kulturvorstellungen ist. Eine solche Gesellschaft steht jedoch im fundamentalen Gegensatz zur *Pancasila*, auf deren Grundlage der erste Präsident des unabhängigen Indonesien, Sukarno, ab 1945 den indonesischen Nationalstaat als Bindeglied zwischen den vielfältigen Kulturen und Religionen des Archipels errichtet hat. Die fünf Elemente der indonesischen Staatsideologie sind der Glaube an einen Gott, Humanität, nationale Einheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Die Gegner des Anti-Pornografie-Gesetzes haben es in ihrem Kampf gegen das zunehmende Hegemonialstreben islamischer Gruppierungen immerhin geschafft, die Zahl der ursprünglich 93 Artikel auf 30 zu reduzieren und den Begriff der „Porno-Aktion“ aus dem Namen des Gesetzes zu streichen. Das im ursprünglichen Gesetzesentwurf enthaltene explizite Verbot des Küssens in der Öffentlichkeit wurde fallen gelassen. Ebenso wurde die Bestrafung von oralem, homosexuellem und außerehelichem Sex mit bis zu zwölf Jahren Haft ausgeklammert. Dafür ist eine neue Klausel eingeführt

worden, die den Schutz traditioneller Kunst, Riten und Kultur vorsieht. Nur wenige Wochen vor der Verabschiedung des Gesetzes konnte die Urlaubsinsel Bali zudem eine Lockerung der Bekleidungsvorschriften für Touristenzentren durchsetzen. Das Tragen von Bikinis ist dort auch weiterhin erlaubt.

Dennoch blieben viele kritische Punkte bis zum Schluss ungelöst. So wurde die Definition von Pornografie trotz massiver Kritik innerhalb und außerhalb des Parlaments nach dem 4. September 2008 nicht mehr verändert. „Wir sind bis zum Äußersten gegangen, um Elemente aus der Definition von Pornografie zu streichen und die Artikel über die Beteiligung der Öffentlichkeit [an der Bekämpfung der Pornografie, BG] wegzulassen – aber ohne Erfolg“ kommentierte Eva Sundari, Abgeordnete der größten säkularen Oppositionspartei PDI-P und eine der schärfsten Gegnerinnen des Gesetzes, den Verlauf der parlamentarischen Debatte.

Die offiziellen Einwände einiger Provinzen blieben ebenso unberücksichtigt wie die Ängste der dortigen Bevölkerung. Dies führte speziell in den erwähnten Regionen zu zahlreichen Demonstrationen mit zum Teil mehreren Tausend Teilnehmern. Öffentliche Anhörungen des Parlaments fanden bis Mitte Oktober hingegen nur in Gebieten mit einer konservativ-muslimischen Bevölkerungsmehrheit statt. Auch der Zugang zu Parlamentssitzungen wurde zugunsten der Gesetzesbefürworter reglementiert: „Einmal wurden wir von einer Sitzung des Parlaments ausgeschlossen, auf der das Gesetz diskutiert wurde, während andere Gruppen [die das Gesetz unterstützen, BG] teilnehmen durften“, erklärte Beny Wijayanto von der Stiftung Rechtshilfe für Frauen (LBH APIK).

Eigentlich hatte das Parlament bereits beschlossen, die Verabschiedung des Gesetzes aufgrund der großen Differenzen im Parlament und dem zuständigen Komitee auf Ende November verlegen. In der letzten Oktoberwoche wurde es dann jedoch doch noch innerhalb weniger Tage durch das Parlament gepeitscht. Ein Abgeordneter der PDI-P äußerte sogar den Verdacht, dass seine Unterschrift gefälscht worden sei, um das

nötige Quorum zu erreichen, damit sich das Parlament überhaupt mit dem Anti-Pornografie-Gesetz befassen konnte.

Aus Protest gegen dieses Vorgehen und die Weigerung der anderen Parteien, den Gesetzestext nochmals zu überarbeiten, boykottierten die 122 Abgeordneten von PDI-P und der christlichen PDS die entscheidende Abstimmung im Parlament am 30. Oktober 2008. Das Gesetz wurde dennoch mit den Stimmen der anderen acht sowohl säkularen als auch religiösen Parlamentsfraktionen verabschiedet. Lediglich zwei Abgeordnete der national-säkularen Golkar aus Bali verweigerten ihrer Partei die Gefolgschaft und verließen den Saal, während die Zustimmungserklärung ihrer Partei verlesen wurde. Bei jeder Stimmabgabe für das Gesetz spendeten mehrere Hundert Zuschauer sowie einige Abgeordnete Beifall und riefen „Allahu Akbar“. Zum endgültigen Inkrafttreten des Gesetzes muss es noch von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono unterzeichnet werden; dies dürfte jedoch nur noch eine reine Formalität sein.

Politische Hintergründe

„Wir sind zwar ebenfalls der Meinung, dass unsere Nation vor Pornografie geschützt werden muss, aber wir können den Inhalt dieses Gesetzes nicht akzeptieren“ sagte der Fraktionsvorsitzende der PDI-P, Tjahjo Kumolo, nachdem seine Partei das Plenum verlassen hatte. Vertreter der PDS kritisierten insbesondere, dass das Parlament den Gesetzesentwurf viel zu schnell abgesegnet habe, ohne sich mit den Provinzen ins Benehmen zu setzen, die bereits frühzeitig ihre Ablehnung signalisiert hatten.

Auf die Frage, weshalb seine Fraktion für das Gesetz gestimmt hat, antwortete der Golkar-Abgeordnete Theo L. Sambuaga: „Ich persönlich bin gegen den Gesetzesentwurf, da er unsere nationale Einheit gefährdet. Aber was soll ich machen? Die Mehrheit [der Golkar-Abgeordneten] sagt, dass es im Interesse der Partei sei“. Denn im kommenden Jahr werden mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die politischen Weichen in Indonesien neu gestellt. In den letzten Umfragen ist Golkar, die ehemalige

Staatspartei des Diktators Suharto und noch immer die größte politische Kraft im Parlament, hinter die nationalistische PDI-P zurückgefallen, weshalb die Parteispitze nun hofft, durch die Unterstützung des Anti-Pornografie-Gesetzes bei konservativ-muslimischen Wählern Boden gutzumachen. Es ist jedoch fraglich, ob diese Rechnung aufgeht: „Ich verstehe Golkars Kalkulationen nicht. Sie fürchten, dass ihnen muslimische Wähler den Rücken zukehren, wenn sie gegen den Gesetzesentwurf stimmen. Jetzt aber werden sie möglicherweise die Stimmen der moderaten Muslime und ihre Wähler in den Provinzen verlieren, die das Gesetz ablehnen“, bemerkte Ikrar Nusa Bhakti, Professor für Politik am Indonesischen Institut für Wissenschaften (LIPI), Jakarta.

„Viele Abgeordnete bereiten sich auf die Wahlen vor und bemühen sich um Unterstützung aus der islamischen Gemeinde“, bestätigt Eva Sundari. „Jetzt können sie auf das Gesetz verweisen als Beweis dafür, dass sie islamische Werte unterstützen“.

In der Tat hegt die in der Masse eher konservative Bevölkerung Indonesiens durchaus große Sympathien für ein energischeres Vorgehen gegen Pornografie im engeren Sinne – insbesondere im Hinblick auf den Kinder- und Jugendschutz - sowie gegen sexuelle Gewalt und Ausbeutung. Diese Bereiche sind jedoch bereits durch andere Gesetze im Strafrecht abgedeckt.

Das neue Anti-Pornografie-Gesetz mit seiner unklaren Definition von Pornografie zielt dagegen implizit auf Frauen ab. „Schließlich sind es in unserer Gesellschaft die Frauen, die man für fähig hält, zu Obszönitäten anzustacheln“, wie Patra M. Zen, Vorsitzender der Stiftung des Indonesischen Rechtshilfelinstituts (YLBHI), anmerkt. Zudem gefährdet das Gesetz Künstler, Models und Designer, indem es ihre Arbeit als potentielle Pornografie abstempelt.

„Dies zeigt nur, dass das Parlament und die Regierung Moral und Religion politisiert haben und sie dazu nutzen, ihre Macht zu bewahren“ kritisierte Kamala Chandrakirana, Vorsitzende der Nationalen Kommission zum Schutz der Frauen, das Gesetz.

Verbliebene Streitpunkte

Die am meisten umstrittenen Aussagen des neuen Anti-Pornografie-Gesetzes sind vor allem die bereits angesprochene, äußerst vage Definition von Pornografie, der Umfang potentieller Verbote sowie die Beteiligung der regionalen Verwaltung und der Öffentlichkeit bei seiner Implementierung.

Artikel 1, Abs. 1, definiert Pornografie als „Bilder, Zeichnungen, Illustrationen, Fotografien, Schriftstücke, Stimmen, Geräusche, bewegte Bilder, Animationen, Zeichentrickfilme, Dialoge, Körperbewegungen oder andere Formen der Kommunikation durch Medien und/oder öffentliche Darbietung, die geeignet sind, zu Obszönitäten oder sexueller Ausbeutung zu animieren und/oder gegen die öffentliche Moral verstoßen“.

Insbesondere die Formulierung, dass alles als Pornografie betrachtet wird, was hypothetisch geeignet ist, sexuelle Erregung zu erzeugen oder gegen die öffentliche Moral zu verstoßen, wird von Menschen- und Frauenrechtsgruppen scharf kritisiert. Wie der Schriftsteller Bramantyo Prijosusilo in der Zeitschrift *Tempo* feststellt, ist gerade die Frage, was sexuelle Erregung hervorruft, nicht allgemeingültig zu beantworten: „Wenn man die Worte *Jilbab*¹ und Porno googlet, findet man ein paar hunderttausend Einträge. Dasselbe gilt für Uniformen. Wir können uns nicht wirklich vorstellen, dass das Gesetz nun Uniformen und den *Jilbab* verbietet, oder?“

Artikel 10 verbietet, sich selbst oder andere im Rahmen einer Darbietung oder in der Öffentlichkeit nackt zu zeigen sowie sexuelle Ausbeutung, Kopulationen oder andere Formen der Pornografie im Sinne von Artikel 1 darzustellen. Artikel 4 stellt die Herstellung, Vervielfältigung und Verbreitung solcher pornografischen Materials bereits dann unter Strafe, wenn auch nur den Anschein von Nacktheit erweckt wird.

¹ Indonesische Form des Kopftuchs für muslimische Frauen.

Nach Artikel 17 und 19c können die Regionalverwaltungen in Zusammenarbeit mit „verschiedenen anderen Akteuren“ zudem präventive Maßnahmen gegen die Herstellung, Verbreitung und den Konsum von Pornografie ergreifen. Nach Artikel 20 bis 23 kann die Öffentlichkeit hierbei durch eine nicht abschließend definierte Anzahl von Möglichkeiten selbst direkt mitwirken. Patra M. Zen ist der Ansicht, dass diese Klauseln die Gründung einer „Moral-Polizei“ einschließlich Bürgerwehren rechtfertigen würden, die sich auf all jene stürzen können, von denen sie glauben, dass sie gegen das Anti-Pornografie-Gesetz verstoßen.

Nach Artikel 8, 34 und 36 bedrohen bei Verstößen gegen das Gesetz bis zu fünf Millionen Rupiah Geldstrafe (ca. 350.000 Euro) oder bis zu 10 Jahren Haft. Das Herunterladen von pornografischem Material aus dem Internet kann mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden.

Einfallstor für lokale Sharia-Erlasse

Bereits 2006 hat Hasyim Muzadi, Vorsitzender der Nahdlatul Ulama (NU), der größten moderaten Muslim-Organisation in Indonesien, in einem Interview gewarnt, dass viele Lokalpolitiker nur darauf warten, unter dem Deckmantel eines Anti-Pornografie-Gesetz weitere *Perda Syariah*² in Bereichen erlassen zu können, die bisher der nationalen Gesetzgebung vorbehalten sind. Im Kampf um die Stimmen der muslimischen Wähler wird so seit Jahren eine schleichende Radikalisierung der islamischen Bevölkerungsmehrheit betrieben.

Anhaltender Widerstand der nicht-muslimischen Provinzen

Die Verwaltungsspitzen der Provinzen Bali, Nord Sulawesi, Yogyakarta und West Papua haben bereits offizielle oder inoffiziell angekündigt, das Anti-Pornografie-Gesetz trotz seiner Verabschiedung durch das Nationalparlament nicht umzusetzen. Zudem wollen sie das Verfassungsgericht anrufen, um die

Verfassungsmäßigkeit des Anti-Pornografie-Gesetzes prüfen zu lassen.

Balis Gouverneur Made Mangku Pastika und S.H. Sarundajang, der Gouverneur von Nord Sulawesi, befürchten, dass das Gesetz die Einheit Indonesiens und das harmonische Verhältnis zwischen den einzelnen Kulturen zerstören könnte. Ähnliche äußerten sich auch führende Persönlichkeiten aus Yogyakarta, West Papua und West Nusa Tenggara. Demonstranten aus West Papua sowie Vertreter balinesischer Dorfgemeinschaften haben für den Fall, dass die Nationalregierung das Anti-Pornografie-Gesetz in Kraft setzt, bereits mit der Abspaltung ihrer Provinzen von der Republik Indonesien gedroht.

Andrikus Mofu, Vorsitzender einer Gruppe von Vertretern von 40 christlichen Gemeinden in West Papua: „Wir werden die internationale Gemeinschaft über unser Bestreben und unsere Intention informieren, uns von Indonesien abzuspalten“.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Auch von juristischer Seite gibt es massive Bedenken gegen das Gesetz.

So ist die vage Definition von Pornografie nach Ansicht von Irman Putra Sidin, Verfassungsrechtsexperte an der Universität Indonisa Esa Unggul, verfassungswidrig: „Nach Artikel 28 der revidierten Verfassung von 1945 müssen alle rechtlichen Definitionen klar, präzise und eindeutig sein“.

Zudem sind sich der Rechtsexperte Frans H. Winarta und der Exekutivdirektor des Instituts für Politikforschung (ELSAM), Agung Putri Astrid Kartika, darin einig, dass das Anti-Pornografie-Gesetz gegen das in der Verfassung verankerte Gebot des Pluralismus verstößt, da die Wünsche der verschiedenen Provinzen nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Irman drängt daher die Provinzen, das Verfassungsgericht zu einer Annullierung des Gesetzes zu bewegen. Zugleich sollten sie den Präsidenten auffordern, das Inkrafttreten des Gesetzes zu verzögern oder es direkt aufheben. „Der Präsident kann ein Ge-

² lokale Verordnungen religiösen Inhalts

setz annullieren, das das Land zu desintegrieren droht und dauerhaft von einigen Regionen abgelehnt wird“, so Irman. Es ist jedoch nicht zu erwarten, das Susilo Bambang Yudhoyono seine Chancen auf eine Wiederwahl 2009 durch einen solchen Schritt riskieren wird.

Gewaltsame Übergriffe radikaler Gruppen und Sezession drohen

Viele Journalisten und namhafte Kommentatoren verurteilen die Verabschiedung des Anti-Pornografie-Gesetzes durch das Parlament daher als Spiel mit dem Feuer. Einige fürchten sicher nicht zu Unrecht, dass radikale Gruppierungen das Gesetz für gewaltsame Übergriffe auf Andersdenkende nutzen werden, bis es der Regierung auch auf Druck der Öffentlichkeit gelingt, solchen Exzessen einen Riegel vorzuschieben. Die PDI-P-Abgeordnete Eva Sundari berichtet, dass sie bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes SMS von mehreren Gruppen erhalten hatte, die dafür sorgen wollten, dass das Anti-Pornografie-Gesetz durchgesetzt wird. „Dies bestätigt unsere Befürchtungen, dass es [das Gesetz] zu Konflikten führen kann, auch wenn es noch gar nicht verabschiedet ist, indem einige [islamistische] Gruppen andere unter der Nase der Polizei attackieren³. Was wird erst passieren, wenn sie das Recht in ihre eigenen Hände nehmen?“

Auch die Frage, ob die Gerichte ihrer Rolle als Wahrer des Rechtsstaats gerecht werden können, indem sie Exzesse eindämmen und in Einzelfällen für Gerechtigkeit sorgen, muss wohl verneint werden. Nicht umsonst gelten Justiz und Polizei in der Bevölkerung als die korruptesten Institutionen Indonesiens. Auch mangelt es einigen Richtern und Beamten gerade der unteren Ebenen noch am Bewusstsein bezüglich ihrer Rolle bei der Wahrung des Rechtsstaats.

³ Sog. „Monas-Incident“: Am 1. Mai 2008 attackierten Mitglieder der Front der Verteidiger des Islam (FPI) eine Demonstration der Nationalen Allianz für die Freiheit von Glauben und Religion und verletzten einige Personen so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Anwesende Polizisten schritten nicht ein; Strafverfahren gegen die Anführer der FPI wurden erst nach massivem öffentlichem Druck eingeleitet.

Die Provinzen Bali, West Papua, Nord Sulawesi und Yogyakarta werden ihren Widerstand gegen das Gesetz, das sie als Angriff auf ihre kulturelle und religiöse Identität begreifen, nicht einfach aufgeben, ebenso wenig wie die indonesische Regierung zulassen kann, dass Provinzen die Implementierung nationaler Gesetze verweigern. Letztendlich wird es jedoch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen müssen, da keine Seite einen Sezessionskrieg wie in Aceh oder Ost-Timor riskieren wird.

Fraglich ist zudem, ob das Anti-Pornografie-Gesetz unter den gegebenen Umständen überhaupt in seiner Form als nationales Gesetz aufrecht erhalten werden kann: „Wie können wir erwarten, dass ein Gesetz implementiert wird, wenn Beamte und Bevölkerung dagegen opponieren? Wer soll es durchsetzen?“ so Irman Putra Sidin.

Islamisierung als langfristige Gefahr für die Einheit Indonesiens

Weit gefährlicher für die in der *Pancasila* verankerte, fragile Balance zwischen den verschiedenen Religionen und Kulturen Indonesiens werden langfristig jedoch die weniger plakativen Folgen der Auseinandersetzung um das Anti-Pornografie-Gesetz sein.

Durch dessen Verabschiedung wurde der erste Schritt getan, um nahöstlich-muslimische Kultur- und Moralvorstellungen zum Maßstab für Recht und Ordnung in einem Staat zu machen, dessen Völker immer stolz auf ihre teils Jahrhunderte alten Kulturen gewesen sind. Neuen *Perda Syariah* – ähnlich dem Anti-Prostitutions-Erlass von Tangerang⁴ – wird auf diese Weise Tür und Tor geöffnet. „Dies ist der Versuch, Uniformität im Privatleben der Menschen herzustellen, indem bestimmte einseitige Moralvorstellungen durchgesetzt werden, ohne die unterschiedlichen Kulturen in unserer Gesellschaft zu berücksichtigen“, warnt Hendardi, Vorsitzender des Setara Instituts, Jakarta.

Es ist daher zu hoffen, dass die Gegner des Gesetzes ihre Ankündigung wahr machen,

⁴ Siehe Exkurs am Ende des Textes.

das Verfassungsgericht anrufen und das Gesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit prüfen lassen. Denn auch wenn der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Mohammad Mahfud, die lokalen Sharia-Verordnungen bereits öffentlich für verfassungsrechtlich bedenklich erklärt hat – von sich aus kann das Gericht nicht tätig werden.

Indem Golkar und die Demokratische Partei des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono dem Gesetz zugestimmt haben, helfen sie den muslimischen Parteien, ihre eigentliches Ziel zu erreichen: die öffentliche Wahrnehmung dessen, was „normal“, „anständig“ und gesellschaftlich akzeptiert ist, wieder einen Schritt in Richtung eines konservativen, arabisch geprägten Islams zu verschieben.

Eine 29-jährige Angestellte einer Rechtsanwaltskanzlei in Jakarta: „Ich bin unsicher, was ich jetzt anziehen soll. Aber ich muss vorsichtig sein, weil ich Angst habe, dass einige Gruppen es als ‚zu Obszönitäten animierend‘ ansehen könnte, wenn ich in der Öffentlichkeit mit bloßen Schultern herumlaufe. Wer kann garantieren, dass mich bestimmte Gruppen nicht attackieren werden weil ich etwas trage, das sie erregt.“

Die Frage ist: Waren sich die Abgeordneten insbesondere der säkularen Parteien über die weitreichenden Konsequenzen ihres Handelns im Klaren, als sie für das Gesetz stimmten? Und falls ja, haben sie diese nur billigend in Kauf genommen oder vielleicht sogar beabsichtigt? Die Antwort auf diese Fragen wird die Zukunft der Republik Indonesien entscheidend beeinflussen.

Quellen: *The Jakarta Post*, *Tempo*

Exkurs: Alltag der *Perda Syariah*

Am Abend des 27.2.2006 wurde Lilies Lindawati, 35, in der Stadt Tangerang nahe Jakarta von der Polizei aufgegriffen, als sie am Straßenrand auf den Mini-Bus wartete, der sie von ihrer ehemaligen Arbeitsstelle nach Hause bringen sollte. Nach einer Nacht in Polizeigewahrsam wurde die schwangere Mutter zweier Kinder auf Grundlage einer lokalen *Perda Syariah*, einer an die Sharia angelehnte „kommunale“ Verordnung, wegen Prostitution zu 300.000 Rupiah Geldstrafe verurteilt. Da sie die Strafe nicht bezahlen konnte, musste Lilies Lindawati zunächst in Haft bleiben und wurde erst nach drei Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der für den Richter und die johlenden Zuschauer ausschlaggebende Beweis für ihr Vergehen: Ihr Makeup in ihrer Handtasche.

Lilies Lindawati hat aus dem Vorfall ihre Konsequenzen gezogen: Aus Angst vor einer erneuten Verhaftung, verlassen Sie und ihre Tochter das Haus nur noch *Jilbab*. Um dem Gerede der Nachbarn zu entkommen, musste die Familie zudem in eine andere Gegend ziehen. Aufgrund ihrer Verurteilung als Prostituierte kann Lilies Lindawati keine neue Arbeit finden und ist derzeit arbeitslos.

Lilies Lindawatis Klage vor dem Berufungsgericht gegen das Anti-Prostitutions-Gesetz von Tangerang wurde am 16. April 2007 niedergeschlagen, da die Richter befanden, dass die betreffende *Perda Syariah* nicht in Konflikt mit höherrangigem Recht steht. Ihre Forderung auf 500 Millionen Rupiah Schadensersatz gegen Wahidin Halim, der als Bürgermeister von Tangerang die Verordnung erlassen hatte, aufgrund derer sie verhaftet wurde, ist im Sande verlaufen. Wahidin Halim wurde am 26. Oktober 2008 unter anderem mit Unterstützung der Golkar und der PDI-P mit 88,5% der Stimmen in seinem Amt bestätigt.